

Geschichte gründlich auf den Kopf gestellt



Auf über 750 Seiten liefert der Autor einen tiefen Einblick in die Geschichte der SED von 1946-1989. Ohne das geschichtliche Machwerk des Instituts für Marxismus-Leninismus von 1978 (siehe Titel des Buches), das in SED-Parteischulungen gelehrt wurde, auch nur zu erwähnen, stellt er es auf den Kopf und schüttelt es mit historischer Akribie, zitiert heute schier unglaubliche Originaltexte aus Parteidokumenten und beleuchtet die Hintergründe von Entscheidungen, die uns Genossen damals verborgen geblieben waren. Historische Mythen und Lügen werden entlarvt, führende Parteikader schonungslos bewertet, eine gerechte Bewertung von geschichtlichen Entscheidungen aus der Sicht eines „Überzeugungstäters mit gutem Gewissen“ versucht. (EA)

ISBN 978-3-947094-55-4
Verlag am Park

„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist der bewusste und organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik. Sie verwirklicht die von Marx, Engels und Lenin begründeten Aufgaben und Ziele der revolutionären Arbeiterbewegung. In ihrem Wirken lässt sie sich stets davon leiten, alles zu tun für das Wohl des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen. Sie sieht ihre Aufgabe darin, die entwickelte sozialistische Gesellschaft weiter zu gestalten. Ihr Ziel ist es, die kommunistische Gesellschaft zu errichten.“ (Programm der SED 1976)

„Die Millionen DDR-Bürger zweier Generationen, die sich in und für diesen Staat engagiert haben, verdienen es neben ihren persönlichen Erlebnissen und Erinnerungen ein Geschichtsbild vermittelt zu bekommen, welches ohne Nostalgie (wenn auch mit Empathie) auf einer historisch-materialistischen Darstellung beruht.“ (Heinz Niemann)

Sehr geehrter Prof. Dr. Heinz Niemann,
mit großem Interesse habe ich Ihr umfassendes Lesebuch zur Geschichte der SED durchgearbeitet. Es unterscheidet sich wohltuend von dem auf dem Titel gezeigten geschichtlichen Machwerk des Instituts für Marxismus-Leninismus von 1978. Ohne im Text darauf einzugehen, stellen Sie dieses Buch quasi auf den Kopf und kommen so wohl der geschichtlichen Wahrheit ein Stück näher. Sie zitieren umfangreich aus verschwurbelten und phrasenhaften Reden unserer Partei-Führer und Dokumenten aus allen Perioden der Parteigeschichte, wobei es auch mir heute noch schwerfällt, die jeweiligen Strategien und Taktiken und verdeckten Aussagen zu entschlüsseln. Sie belegen Ihre

Wertungen mit einer Fülle von Fakten: Zahl der Geflüchteten aus der DDR, Wirtschaftsdaten, die ökonomische „Ausbeutung“ der DDR seitens der Sowjetunion, soziologische Befragungsergebnisse über die Akzeptanz der Politik. Sie wecken schöne Erinnerungen an kulturelle und sportliche Höhepunkte des jeweiligen Jahres in der DDR. Sie enthüllen aus von Ihnen gesichteten Protokollen die Hintergründe mancher Entscheidungen und scheuen sich auch nicht, klar Ihre Meinung zu den damals handelnden Personen zu publizieren. Für diese Ergänzungen meines eigenen Wissens danke ich Ihnen sehr. Natürlich bleiben Fragen offen, habe ich auch zu dieser und jener heutigen Bewertung Widerspruch, bin ich mit diesem und jenem auch gar nicht einverstanden.

Besonders wichtig fand ich, dass Sie versucht haben, die Legitimität der DDR-Gründung und ihre Bedeutung für die historische Entwicklung in Europa mit vielen Belegen herauszuarbeiten. Man möge sich mal nur vorstellen, wenn 1949 die deutsche Einheit unter Vorherrschaft der damaligen westdeutschen Elite und Klassenstruktur bewahrt worden oder die DDR 1953 von der Sowjetunion doch verkauft worden wäre. Was wäre das denn für eine nationalistische Bundesrepublik Deutschland gewesen: Nazis in Führungspositionen, Linke verboten, SPD ohne absehbare Aussicht auf Regierungsmacht, Revanchismus im Hinblick auf die deutschen Ostgebiete, direkte Konfrontation mit der Sowjetunion und Polen im Osten? Oder andersherum: Gäbe es die Bundesrepublik Deutschland in der Gestalt wie heute, wenn sie sich nicht auch in der Auseinandersetzung mit der DDR sozial hätte entwickeln müssen? War die DDR nicht sogar ein friedenspolitischer Puffer zwischen West und Ost? Dass die SED in den verschiedenen Perioden immer wieder den offensichtlich illusionären Versuch unternahm, mit ihrer Politik direkten Einfluss auf die innere Entwicklung der BRD zu nehmen, gehört zweifellos zu den diskussionswürdigen Aspekten ihrer Geschichte. Für ein einiges Deutschland oder ein konföderatives Deutschland, in der auch die SED mitbestimmt hätte, hätte es gewiss keine Mehrheit in Ost und West gegeben. Und die SPD wollte auch nicht ihr Gehilfe sein. Deshalb blieben Briefe lange Zeit unbeantwortet. Schließlich bestimmte seit Anfang der 1970er Jahre der Realismus Honeckers und der sowjetische Befehl zur Abgrenzung die Politik der Partei. Ihr Historiker-Kollege Prof. Dr. Siegfried Prokop, den ich noch aus FDJ-Zeiten kenne, meinte vor einigen Jahren auf einer öffentlichen Veranstaltung zu wissen, dass Honecker angeblich 1987 bei seinem Westbesuch einen erneuten Vorschlag für eine Konföderation beider deutscher Staaten im Koffer gehabt habe. Ein Beleg fand sich bisher nicht dafür. Aus wirtschaftlichen Gründen hätte man dafür sicher Motive finden können. Aber wie hätte es unsere Partei zerlegt, in der die Mehrheit der Genossen der festen Überzeugung war, dass die Mauer auch noch in 100 Jahren Bestand habe, wenn die Gründe dafür nicht beseitigt sind? Die Öffnung der Grenzen zwei Jahre später erledigte das Dogma dann, der Sozialismus als System brach zusammen, hier in der DDR, aber eben auch östlich von uns, vor allem in der Sowjetunion. Die DDR war jetzt überflüssig geworden. Und vielleicht ist die Bundesrepublik Deutschland dank dieser widersprüchlichen Geschichte nun eine zumindest militärisch gezähmte Großmacht?

Ich selbst habe mich vor einiger Zeit ebenfalls mit der Frage herumgeschlagen, warum der Sozialismus 1989 zusammenbrach. Darüber habe ich ein Buch geschrieben, das ich Ihnen mit diesem Brief zusammen schicke. Zu meinem Buch habe ich sehr viel Zustimmung erhalten, aber auch etlichen Widerspruch, vor allem von früheren „Kampfgefährten“. Mehr darüber können Sie auf meiner Internetseite unter www.eaurich.de lesen.

Vor allem dreht sich der Streit darum, ob wir weiter davon träumen können und sollten, dass die Zukunft der Menschheit etwas mit diesem untergegangenen Sozialismus zu tun haben wird. Es sei doch nur ein erster Versuch gewesen, der eben nur etwas misslungen sei. Die Konterrevolution und der Verrat durch Gorbatschow seien wichtige Gründe des Zusammenbruchs, unsere Ökonomie sei eben nicht stark genug gewesen. Der reale Sozialismus sei doch nur durch den Stalinismus entstellt

worden. Mit Verweis auf China wird sogar behauptet, dass Sozialismus und eine „artgerechte Gesellschaft“ möglich seien. Etliche wollen sich auch durch eine kritische Betrachtung unserer Vergangenheit nicht ihr Leben kaputt machen lassen. Diese werden wohl auch Ihr Buch ablehnen.

Meine Meinung dazu ist rigoros: Mit diesen 70 Jahren Sozialismus wurde die sozialistische Idee irreparabel beschädigt. Und das lag nicht nur an den Führern, egal ob Stalin, Chruschtschow, Ulbricht oder Honecker, sondern am System selbst, an seiner Intention, die Menschen formieren und erziehen zu wollen, an seiner rigiden Machtstruktur und Sturheit, also wahrscheinlich auch in der Theorie des Marxismus-Leninismus, die wir ja sogar einmal für allmächtig hielten, weil sie wahr sein sollte. Keiner von uns „Überzeugungstätern“ ging jemals davon aus, dass wir nur mal so an einem Versuch basteln, der auch jederzeit abgebrochen werden könnte. Wir glaubten daran, dass dem Sozialismus die Zukunft gehört, wir erklärten uns bekanntlich als „Sieger der Geschichte“. Den Kalten Krieg führten auch wir, weltpolitisch und ideologisch. Wir haben ihn verloren. Das heißt nicht, dass es in der DDR-Geschichte nicht auch Erinnerungswürdiges gebe. Trotz meiner Kritik stehe auch ich zu dem, was ich für den Sozialismus in der DDR getan habe und bin auch nicht hasserfüllt auf mein Leben in dieser Zeit.

Natürlich glaube auch ich nicht, dass die jetzige bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft das Ende der Geschichte sein wird. Gerade steht dieses Gesellschaftsmodell vor mächtigen Herausforderungen. Bei seiner Weiterentwicklung werden auch uralte sozialistische Ideen von Gleichheit und Gerechtigkeit eine große Rolle spielen, das Gemeinwohl wird auch künftig wichtig für das Funktionieren der bürgerlichen Gesellschaft sein. Unsere Erfahrungen mahnen uns aber zu Vorsicht vor Allmacht, nicht nur von Konzernen, sondern auch von Parteien und staatlichen Institutionen. Wir Genossen haben doch persönlich erlebt, wie das Individuum unter einer bestimmten Gesellschaftsstruktur verkümmert und verkrüppelt. Wir waren doch weit entfernt davon, erleben zu können, dass die „freie Entwicklung eines jeden die Voraussetzung für die freie Entwicklung aller“ ist.

Durch Ihr Buch wurde ich in meiner Vorsicht bestärkt. Im Grunde genommen ist die Geschichte der SED doch eine tragische Geschichte. Da versuchten aufrechte Antifaschisten einem am Boden liegenden Volk eine Perspektive jenseits des Kapitalismus zu eröffnen, kannten selbst den Weg dahin nur ungenau oder gar nicht, behaupteten aber, stets den richtigen zu gehen, wurden gegängelt von einer scheinbar verbündeten und befreundeten Macht, bekämpft von einem Feind und von Besserwissern in den eigenen Reihen, wollten das Volk erziehen und leiten, experimentierten und steckten Niederlagen ein, klammerten sich an abstrakte Ideale und verloren das letzte Vertrauen.

Es ist schon erschreckend, wie Sie da faktenreich die „lenkende Hand“ Moskaus und das Machtgerangel im Politbüro beschreiben. „Freundschaft zur Sowjetunion“ und „Einheit und Geschlossenheit“ verdeckten die Wahrheit. Nichts erfuhren wir von den Intrigen und Auseinandersetzungen. Es gab nur Siege und keine Niederlagen. Warum waren wir nur so „gläubig“? Die Geheimrede Chruschtschows habe ich erst 1990 gelesen. Noch 1988 lehnte ich den „tollen“ Vorschlag von Egon Krenz an die FDJ ab, das Verbot der die Geschichte und die Wahrheit über den sowjetischen Sozialismus enthüllenden sowjetischen Filme zu verlangen, was dann genauso wie das Sputnik-Verbot doch ohne Zutun der FDJ geschah. Auch wurden meine Einwände gegen das Verbot zwar gelesen, aber in den Papierkorb geworfen. Für ein offenes Interview mit Stephan Hermlin zu geschichtlichen Wahrheiten bekam ich 1988 Prügel im Politbüro. Unter vier Augen erklärte mir noch 1986 Honecker, wie glücklich er war, Stalin auf dem XIX. Parteitag erlebt zu haben. Offensichtlich vermutete er auch in mir einen Gorbatschow-Anhänger, mahnte mich mehrfach vor der Entwicklung im Komsomol und versuchte mir zu erklären, was politische Standfestigkeit heiße. Voller Stolz erwähnte er, dass er fast als Einziger in der auch von Ihnen

erwähnten Politbüro-Sitzung im Juli 1953 Ulbricht beigestanden habe, während Ackermann geschwiegen habe. Nur Grotewohl sei Ulbricht das politische Überleben zu danken gewesen, der in dieser Nacht nicht abstimmen ließ, sondern die Entscheidungen vertagte, nicht ahnend, dass dann mit dem Fall von Berija sich das Blatt wendete. Sie haben doch Recht, wenn Sie schreiben, dass das „stalinistische Regime“ die Sowjetgesellschaft (und eben auch die DDR) „geprägt“ habe, dass die Verletzungen der innerparteilichen Demokratie zwar oberflächlich benannt wurden, aber sich KPdSU und SED „einer Analyse der strukturellen Ursachen“ dafür verweigerten. Das sei Ihrer Meinung nach die Ursache für das spätere Scheitern des Realsozialismus gewesen. Ich stimme dem zu. Warum wollen das nur wenige wahrhaben? Warum aber die Rede Chruschtschows 1956 ein Ihrer Meinung nach „taktisch falscher Schritt“ zur Überwindung des Stalinismus gewesen sein soll, habe ich nicht verstanden. Es war doch ein wichtiger Teil der Wahrheit, die bis in jüngste Zeit viele nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Vor einigen Jahren wurde ich noch in Leserbriefen beschimpft, als ich mich öffentlich gegen den Vorschlag wandte, Wolgograd wieder in Stalingrad umzubenennen, und auch die militärstrategischen Fehler Stalins benannte, die Millionen Sowjetsoldaten das Leben kosteten.

Es war ganz gewiss die Allmacht der Partei, die Stalin und andere Despoten hervorbrachte, eben die „Partei neuen Typs“. Sie verweisen da auf den mächtigen „Parteiapparat“. Sie schreiben leider nicht darüber, wie vielfältig der sich zusammensetzte und bis ganz unten verästelte. Dazu gehörten natürlich die hauptamtlichen Funktionäre im Zentralkomitee, in den Bezirks- und Kreisleitungen, die auch staatliche Organe und gesellschaftliche Organisationen dirigierten. In meiner Zeit in der FDJ geschah nichts, was nicht durch das Politbüro, den zuständigen Sekretär des ZK und die Abteilung Jugend „abgesegnet“ war. Zum Apparat gehörten aber auch die vielen hauptamtlichen Funktionäre in den Massenorganisationen FDGB und FDJ. In der Honecker-Zeit wurden unsere Gehälter ziemlich angehoben, warum wohl? Auch waren die Partei-Wissenschaftler in den ZK-Instituten (waren sie wirklich Berater der Parteiführung?) „Apparatschik“, ebenso die unzähligen ML-Lehrer an Partei-, Gewerkschafts- und FDJ-Schulen, in den ML-Sektionen der Universitäten und Hochschulen. Ich selbst wurde zum Staatsbürgerkunde-Lehrer ausgebildet. Eine Parteischule blieb mir erspart. Hinzu kamen tausende Agitatoren und Propagandisten bis hinein in jede Partei-, Gewerkschafts- und FDJ-Gruppe. Was wurde denn gelehrt: Marxistische-leninistische Philosophie, Politische Ökonomie des Sozialismus, Wissenschaftlicher Kommunismus, Geschichte der Arbeiterbewegung, der SED, der KPdSU, ausgewählte Schriften der „Klassiker“ (in meiner Zeit ohne Stalin), aber auch wechselnde Lehrbücher je nach Parteistrategie. Die einzige antistalinistische Fragestellung während meines Studiums (1965-1969) war: „War die Bolschewisierung der KPD in den 1920er Jahren richtig, obwohl doch die Politik Stalins nicht immer richtig war?“ Dass Sie für die DDR eine besondere „Rezeption des originalen Marxschen Denkens“ positiv reklamieren, kann ich nicht nachvollziehen. Es stimmt, wir sollten immer wieder das Manifest studieren, aber schon „Das Kapital“ lasen nur wenige, von anderen Schriften ganz zu schweigen. Von den Parteipropagandisten ausgesuchte Zitate waren oft die Quellen unseres bescheidenen Wissens.

Ich erinnere mich sehr gut an meine Auseinandersetzungen mit solch prominenten Lehrern wie Otto Reinhold und Erich Hahn über deren Vorschläge für das FDJ-Studienjahr. Erst 1989 zogen sie ihre lebensfremden Texte zurück. Prof. Dr. Karl-Heinz Jahnke (Uni Rostock) verweigerte ich einen Nachdruck der gefälschten FDJ-Geschichte von 1982. Als ich ihm sagte, er solle doch mal das Buch überarbeiten und in seine Überlegungen den möglichen Fakt einbeziehen, dass der FDJ-Gründer Honecker mal nicht mehr sein wird, hat er mich gar nicht verstanden. Genauso wie in der Geschichte der SED von 1978 gab es auch in der FDJ-Geschichte grundsätzlich nur Siege, nie wurde eine Schlacht verloren, Fehler wurden nie gemacht. So wurden wir „gebildet“ und „erzogen“. Alles sollten wir vom sogenannten Klassenstandpunkt aus betrachten. Heute sagen wir dazu Schwarz-Weiß-Denken. Noch 1989 wählte mich Hanna Wolf im Bunde mit der Konterrevolution, nur weil ich es „gewagt“ hatte,

an einer Versammlung der Rockmusiker der DDR teilzunehmen. Margot Honecker belehrte mich noch 2012 aus dem fernen Chile, dass ich mich von ihr durch meinen nicht vorhandenen Klassenstandpunkt unterscheide, nur weil ich ihrer Darstellung der Geschichte des DDR-Bildungswesens widersprochen hatte. Argumente gab es von ihr keine, aber eben die übliche „Peitsche“, meine Freunde und ich hätten es 1989 nicht wahrhaben wollen, wer da die Axt an das Gerüst des Sozialismus anlegte.

Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie auch mehrfach auf die Jugendpolitik in der Geschichte der DDR eingehen. So erfuhr ich erstmals in diesem Buch, dass die Kampagne der FDJ 1953 gegen die Junge Gemeinde schließlich durch den Ministerpräsidenten beendet wurde, nicht etwa aus selbstkritischer Einsicht bei der Honecker-Garde. In der FDJ-Geschichte von 1982 gibt es die Aktion gar nicht. Ausführlich beleuchten Sie die Hintergründe der Entstehung des Jugendkommuniqués von 1963. Als Delegierter des Deutschlandtreffens 1964 habe ich sehr wohl seine positiven Auswirkungen wahrgenommen. Unsere FDJ-Gruppe aus Karl-Marx-Stadt freute sich über den Sieg der DDR-Olympiaauswahl über die Auswahl der BRD im Walter-Ulbricht-Stadion, wir waren in der Sporthalle in der Karl-Marx-Allee, im Friesen-Schwimmstadion, auf der Radrennbahn in Weißensee, wir bummelten durch Berlin und erlebten Debatten mit westdeutschen Jugendlichen, für uns eine völlig neue Erfahrung. Auch an unserer Karl-Marx-Oberschule gab es freimütige Diskussionen über den Sozialismus und über das Alltagsverhalten der jungen Sozialisten. Völlig neu waren die Jugendforen, wo offen und ehrlich Fragen von Jugendlichen zu Politik und Gesellschaft beantwortet wurden. Noch heute bewahre ich die Schallplatte von einer der legendären Veranstaltungen „Jazz und Lyrik“ (mit Manfred Krug, Eberhard Esche u.a.) auf. Im Herbst 1965 – jetzt an der Pädagogischen Hochschule – wurde unsere FDJ-Gruppe von einem Bezirksfunktionär verwarnt, weil wir es gewagt hatten, uns mit Originaltexten von Biermann kritisch zu beschäftigen. Mit den Auswirkungen des 11. Plenums hatte ich bis zu meiner Zeit an der Spitze der FDJ zu tun. Der Beschluss des Politbüros vom 6. Mai 1966 zur Arbeit der FDJ und der Notwendigkeit der klassenmäßigen Erziehung galt noch immer. Kader, die Kurt Turba im Jugendbereich folgten, waren später zeitweise meine Vorgesetzten: Siegfried Lorenz, Wolfgang Herger, Egon Krenz. Meinen Sie nicht auch, dass das Vorgehen Ulbrichts in diesem Zusammenhang ziemlich subjektivistisch war? Konnte er das alles allein bestimmen? Beriet er sich mit niemanden der für die Jugendpolitik eigentlich Zuständigen? Die Berufung Turbas? Das Kommuniqué selbst? Warum knickte er auf dem 11. Plenum in dieser Frage aber so schnell ein? Er hetzte sogar selbst noch gegen Erscheinungen unter der Jugend („Das ewige yeah, yeah!“). Übrigens: Im SED-Abriss von 1978 kommt das Jugendkommuniqué gar nicht vor. In der FDJ-Geschichte findet es in nur einem Satz Erwähnung.

Aus Ihrem Buch spricht eine ziemliche Sympathie für Walter Ulbricht und eine tiefe Antipathie gegenüber Erich Honecker. Walter Ulbricht habe ich persönlich nur über das Fernsehen und die anderen Medien kennengelernt, Erich Honecker traf ich öfters in meiner Funktion als FDJ-Chef. Ich gestehe, dass ich beide nie sympathisch fand, Honecker wechselte auch mit mir nie ein persönliches Wort, er war unnahbar, steif und redete nur phrasenhaft. Nur einmal war er locker: 1986 zum 40. Jahrestag der FDJ. Er kam aufgekratzt vom KPdSU-Parteitag (Er meinte wohl, die DDR sei auf dem richtigen Weg, uns von Gorbatschow zu distanzieren), ich lobte ihn im Friedrichstadtpalast als FDJ-Gründer und heutigen Parteichef, würdigte die Geschichte der FDJ (mein Geschichtsprofessor an meiner früheren Hochschule lobte mich dafür!), er verlieh der FDJ den Karl-Marx-Orden. Im Zentralrat Unter den Linden gab ich am Abend einen Empfang, da nusichelte neben mir Honecker etwas über die Vergangenheit, über Stalin, den 17. Juni und über Treue und Standfestigkeit. Er trank fröhlich sein Bier in seinen früheren Räumen. Am 6. Oktober 1989 verweigerte er mir nach dem Fackelzug den Handschlag, die Gorbi-Rufe lagen ihm schwer im Magen. Eine Woche später wird er meinen, dass ich gemeinsam mit dem Pioniervorsitzenden und dem Leiter der Abteilung Jugend im

ZK mit einer realistischen Vorlage an das Politbüro über das Denken und Handeln der Jugend den größten jemals gestarteten Angriff auf die Parteiführung unternommen hätte. Wir hatten in unserem Text auch vermerkt, dass die Jugend einen Wechsel in der Parteiführung wünsche. Zuvor hatte ich gemeinsam mit dem Leiter der Abteilung Jugend Krenz gedrängt, die Machtfrage zu stellen. Der wartete aber noch auf ein Signal aus Moskau und zögerte. Ich war erleichtert, als Erich Honecker am 18.10. ging. Wie konnte sich aber dieser nach Ihrer Meinung ungebildete Mann solange an der Spitze halten? Warum hat ihn Walter Ulbricht im Politbüro geduldet? Und nach Studium in Moskau wieder zu sich gelassen? War er ein treuer Handlanger? Was befähigte Honecker zum Parteiführer? Gab es niemand anderes? Ulbricht holte doch auch die später Honecker-Getreuen ins Politbüro: Stoph, Mittag, Krolkowski, Axen, Hager, Mielke. Nach welchen Kriterien entschied er bei den Kadern? Walter Ulbricht bescheinigen Sie ein hohes theoretisches Wissen. Wo hat er sich das angeeignet? Er habe Ihrer Aussage nach ein unglaubliches Arbeitspensum bewältigt, waren alle anderen faul? Er sei ein „gewiefter bzw. raffinierter Taktiker“, ein „strategisch denkender Taktiker“, der einzige Politiker in der SED mit Format gewesen. Wie erklären Sie sich aber dann, dass dieser mit seiner Entscheidung für den Aufbau des Sozialismus 1952 die Partei 1953 am 17. Juni fast in den Abgrund beförderte? Warum konnte sich Ulbricht trotz eingestandener Mängel im Führungsstil und oft subjektivistischer Arbeitsweisen in der Führung halten? Warum fand sich keine Mehrheit gegen ihn? Seine Widersacher mussten alle gehen: Herrstadt, Zaisser, Schirdewan, Ackermann, Sie schreiben ja ausführlich darüber. Warum erklären Sie aber auf S. 330, dass der Mauerbau 1961 eine große Niederlage für den Sozialismus war, und bescheinigen auf S. 343 Ulbricht mit dem „Sieg am 13. August“ eine „staatsmännische Meisterleistung“? Eigentlich wollte er doch gar keine Mauer bauen. Wie kam er dazu, die Bezeichnung „antifaschistischer Schutzwall“ dafür zu benutzen (wohl von Sindermann erfunden)?

Zweifellos bleibt der Name Ulbricht mit einer schöpferischen und suchenden Zeit in der SED verbunden. Mit seiner Feststellung, dass in der DDR die sozialistischen Produktionsverhältnisse gesiegt hatten und die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft eine „relativ selbstständige Gesellschaftsformation“ sein wird, lag er ja wohl nicht ganz falsch, selbst wenn die umfangreichen Lehrbücher darüber (habe ich noch im Schrank) später eingestampft wurden. Auch sein Festhalten an der Freiwilligkeit beim Genossenschaftseintritt ist zu würdigen, wenn er auch den Wettbewerb darum nicht unterband. Dass in seiner Zeit private und halbstaatliche Betriebe erfolgreich arbeiten konnten, war eine große pragmatische Entscheidung, die Breshnew später als „Reste des Kapitalismus“ durch Honecker liquidieren ließ. Warum das NÖS von der Partei nur zögerlich umgesetzt wurde und eben kein „rotes Wirtschaftswunder“ die Menschen überzeugte, erschließt sich mir nach Lesen Ihres Textes noch nicht. Gab es da vielleicht auch noch andere Hemmnisse in der Theorie und Praxis. Ich selbst war mal eine Woche zu einem Lehrgang der Akademie der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaften (AMLO) in Köpenick. Was wir dort für einen kybernetischen Quatsch gelernt haben, war wohl ein solches Hemmnis. Wie realistisch waren solche Ziele wie „die Bundesrepublik im Pro-Kopf-Verbrauch zu überbieten“, das „Überholen ohne Einzuholen“, die Vision von der sozialistischen Menschengemeinschaft, von den selbst regulierenden Systemen, die ständige Mahnung, die Arbeiterklasse zu erziehen? Noch 1971 sprach er auf der 15. ZK-Tagung darüber. Gab es vielleicht 1970 doch tatsächlich wirtschaftliche und soziale Gründe, die zur neuen Politik Honeckers führten? Ich war 1972 mit einer Neubauwohnung ein Privilegierter, viele andere warteten zu dieser Zeit vergeblich darauf, meine Eltern bekamen erst eine 1985. Wohnungen fehlten wegen fehlender Baukapazität. Dass Ulbricht Ihrer Meinung nach zurückhaltend bei Prestige-Bauten war, fällt schwer zu glauben: Staatsratsgebäude, Fernsehturm u.a. haben Sie genannt. Stalin-Allee und Alex, die Projekte für die Stadtzentren (ich denke z. B. an Karl-Marx-Stadt mit dem Karl-Marx-Monument) waren ja auch nicht gerade kleinformatig. Auch war

die Versorgungslage nicht so, dass sich die Menschen über die Automatisierungsobjekte wirklich freuen und glauben konnten, dass sich dadurch ihr Leben verbessert. Waren nicht viele Menschen der Zukunftsversprechungen satt? Und warum wurde mehrmals der 30. Juni zu einem politischen Datum, wo das Volk den Geburtstag des „Spitzbarts“ feiern sollte? Andere von Ulbricht eingeleiteten Schritte zur Staatslenkung konnte damals kaum jemand beurteilen. Es kam gut an, dass man jetzt Eingaben an ihn schreiben konnte, da dachte niemand an Verwaltungsgerichtsbarkeit. Konflikt- und Schiedskommissionen schienen vernünftig zu sein, damit nicht jedes strittige Verhalten vor Gericht landete. Auch wir Studenten agitierten zustimmend zur neuen Verfassung, die tatsächlich in einem demokratischen Prozess erarbeitet und angenommen wurde. Auch andere Gesetzbücher wurden erst nach breiter öffentlicher Diskussion angenommen. Ich selbst war in der Hochschulreform und bei der Diskussion zum Jugendgesetz 1973 aktiv. Für mich waren das alles Schritte aktiver Bürgerbeteiligung. Dass mit den Aktivitäten des Staatsrats die führende Rolle der SED beschädigt werden konnte, erschloss sich uns damals nicht. Immerhin waren so auch Nichtmitglieder der SED, darunter sehr prominente Wissenschaftler und Künstler, in einen demokratischen Prozess der Staatslenkung eingebunden. Ulbricht betrieb wohl noch ernsthaft das Bündnis in der Nationalen Front, welches später aber zur reinen Akklamation verkam. Das damit verbundene Problem war offensichtlich wohl eines des um seine Macht fürchtenden Parteiapparats.

Sehr ausführlich schreiben Sie auch über den Gründungskonflikt der DDR und die Wege zur Überwindung der Spaltung Deutschlands. Ulbricht soll wirklich die Auffassung vertreten haben, dass mit dem Sieg des Sozialismus in der DDR und dem späteren Sieg dessen in der BRD die Spaltung überwunden werden könnte? Die DDR als Schaufenster des Sozialismus als Vorbild für die westdeutsche Sozialdemokratie? Wie realistisch war das denn eigentlich? Im Zusammenhang mit der Verfassungsdiskussion 1968 haben wir als Studenten auch über den Begriff der Nation gestritten. Im FORUM gab es lange Artikel, Prof. Peter Alfons Steiniger referierte an unserer Hochschule dazu. Die Formulierung in der Verfassung war doch dann eine mit offener Perspektive („sozialistischer Staat deutscher Nation“). Ohne das Volk neu zu fragen, ließ die Honecker-Parteiführung dies 1974 einfach streichen und verbot, den Becher-Text der Nationalhymne zu singen. Ulbricht setzte auch auf den Kontakt zur SPD im Westen, erhoffte sich mit Brandt eine Wende, wie es ja auch eintrat. Und trotzdem schwankte unsere Führung auch unter Moskauer Druck ständig, ob sie sich denn mit der SPD arrangieren dürfe. Aber auch Honecker sprach mit der SPD, traf sich sogar mit dem Ulbricht-Antipoden Herbert Wehner. Ich selbst hatte in den 1980er Jahren etliche Treffen mit der SPD und den Jungsozialisten, traf zusammen mit Vogel, Lafontaine, Klose, Fuchs, Scholz. Wir vereinbarten gemeinsame Protokolle und Aktionen, trafen uns zu den Weltfestspielen, kämpften gemeinsam gegen das „Teufelszeug“. Aber ich wurde immer gewarnt, nicht zu weit zu gehen, nicht zu viel zu vereinbaren. Auf gesellschaftspolitische Themen ließen wir uns deshalb gar nicht ein, diskutierten um so mehr über Frieden und Abrüstung (und hatten dabei als FDJ immer nur die NATO und die USA im Blick). Vor zwei Jahren traf ich mich mit einigen der früheren Gesprächspartner (mit dem Juso-Vorsitzenden Ulf Skirke bin ich heute noch befreundet). Wir erinnerten uns gegenseitig an frühere Begegnungen, die stets respektvoll verliefen. Stolz bin ich darauf, dass wir gemeinsam mit den Jusos 1987 in Berlin ein Internationales Friedensseminar organisierten, das in der Jugendbewegung weltweite Anerkennung fand. Allerdings boten all diese Kontakte auch 1989 keine Brücke, um einen stilvolleren Weg zur deutschen Einheit zu gehen. Nicht im Traum hielten wir damals diese für möglich. Die Kontakte mit den Jusos brachen ab.

Bei meinen eigenen historischen Recherchen stellte ich mir die Frage, wann eigentlich der Untergang unseres gesellschaftlichen Systems durch die Partei selbst eingeleitet wurde. Ich meine da im IX. Parteitag 1976 einen entscheidenden Wendepunkt zu sehen. Das neue Parteiprogramm zementierte das sowjetische Modell des Sozialismus. Wir sollten allmählich uns hin zum Kommunismus bewegen,

nicht mehr längere Zeit nur den Sozialismus ausgestalten. Für die Jugendpolitik und die Bildungspolitik war das eine verheerende Entscheidung. Jetzt stand im Mittelpunkt die kommunistische Erziehung der Jugend, einer Generation, die im Sozialismus geboren wurde, die eigene Vorstellung von ihrem Leben hatte. Nachdem noch drei Jahre zuvor während der Weltfestspiele in Berlin eine fröhliche Jugend weltoffen agierte, wurden jetzt die Zügel wieder angezogen, jetzt sollten alle Jugendlichen junge Kommunisten werden. Honecker sprach nur noch von der „Thälmann’schen Jungen Garde“. Die Pioniere bekamen rote Halstücher, FDJ-Grundorganisationen rote Ehrenbanner. Die Gründungsidee der FDJ ging dabei unter, die Jugend wandte sich mehr und mehr ab von den Vorstellungen der Partei (siehe das entsprechende Kapitel in meinem Buch). Die Biermann-Ausbürgerung und der Verlust beliebter Künstler waren dann das Symbol des beginnenden Zusammenbruchs. Ich war zu jener Zeit 1. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung in Karl-Marx-Stadt. Ich kann ein Lied davon singen, wie schwer es war, Jugendliche für die Mitarbeit in der FDJ freiwillig zu bewegen. In dieser Zeit wuchs mein Interesse, am Stil der FDJ grundlegend etwas zu ändern. Dass mein Ziel, die Jugend zu gewinnen, chancenlos war, erkannte ich damals nicht. Auch ich kannte die Ergebnisse der soziologischen Umfragen des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig, die immer wieder eine hohe DDR-Verbundenheit der Jugend signalisierten. Noch Pfingsten 1989 war ich überzeugt davon, die Mehrheit der Jugend für unseren Weg mobilisieren zu können, freiwillig hatten tausende mit eigenen Ideen ein lebendiges Jugendfestival vorbereitet. Auch meine Deklamation zum Fackelzug 1989 war von 60 000 Teilnehmern nach demokratischer Erörterung per persönlicher Unterschrift „abgesegnet“ worden. Noch im Oktober 1989 hoffte ich auf eine „neue FDJ“. Waren wir alle zu dumm, um den Umbruch zu ahnen? Ich wurde 1983 an die Spitze des Jugendverbandes geholt, nach Ihren Wertungen in Ihrem Buch offensichtlich ein weiterer disziplinierter Diener der Honecker-Führung, nur mit einem großen Unterschied: Ich drängelte mich nicht nach dieser Macht und war froh, als es am 24. November 1989 für mich vorbei war. Sie nennen sich wahrscheinlich zurecht „Überzeugungstäter“. Als ich mich jüngst in einer Fernsehdokumentation als einen „Täter“ bezeichnete, der im Herbst 1989 deshalb gehen musste, zog ich mir das energische Missfallen etlicher früherer Weggefährten zu. Wer kritisch mit seinem politischen Leben umgeht, unsere eigene Geschichte hinterfragt, gilt als „Abtrünniger“, als „Verräter“. Herbert Graf, der Referent Ulbrichts, rief mich vor einigen Jahren an und bezichtigte mich des „Umkehrschubs“.

Für Sie ist die Geschichte der SED am 9. November 1989 zu Ende. Für Sie war Egon Krenz der falsche neue Parteichef. Ihrer Meinung nach wäre nur Hans Modrow in der Lage gewesen, eine wirkliche Wende in der Partei herbeizuführen. Ich sehe im 9. November auch das Ende der DDR. Für mich war Egon Krenz eine tragische Figur, der sich auf diese seine neue Verantwortung völlig ungenügend vorbereitet hatte und tatsächlich nur alles falsch machen konnte. Als er mir Hoffnung auf mehr Reisefreiheit machte, wenn die BRD endlich die DDR-Staatsbürgerschaft anerkennen würde, habe ich ihn wissen lassen, dass dies niemanden unter den Jugendlichen interessiert. Hans Modrow wäre damals auf der ZK-Tagung niemals zum Chef gewählt worden, auch von mir nicht. Zu „Deutschland – einig Vaterland!“ fand auch er erst im Februar 1990. Als Übergangsmministerpräsident hat er wohl eine anständige Arbeit geleistet. Mehr war für alle nicht drin. Sie schreiben richtig im Hinblick auf die Überwindung des Stalinismus nach dem XX. Parteitag der KPdSU, dass das „vom Stalinismus geprägte ‚Grundmodell‘ einer sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung im Denken eines Teils der führenden Mitglieder sowie bei einer Mehrheit des hauptamtlichen Apparats und selbst der Mitgliedschaft mehr oder minder fest verankert“ war. Der Dogmatismus der Führung war Ihrer Meinung nach die geforderte Überzeugungstreue, die aus begrenzter theoretischer Bildung resultierte und keine Kritik „von unten“ zuließ. „Akklamation und Unterordnung“ bestimmten die Parteirituale und das Tun der Kader. Als ZK-Mitglied habe ich mich im November außerordentlich

unwohl gefühlt, als Egon Krenz sein neues Programm uns vorlegte, dass eine völlige Umkehrung des Bisherigen sein sollte. Als er dann noch eines Morgens uns Volkskammerabgeordnete aufforderte, zur Rettung der SED den Artikel 1 der Verfassung zu streichen, habe ich nicht mehr mitgespielt, nicht weil ich diesen Passus für toll hielt und ihn verteidigen wollte, sondern weil ich diese Windungen nun für ein Tollhaus hielt. Zwei Tage später war das ZK dann aufgelöst. Sie haben völlig Recht, wenn Sie schreiben: „Bei einem erheblichen Teil der Mitgliedschaft und auch bei Teilen des Funktionärskaders waren Anpassung, Parteidisziplin und selbst mancher Karrierismus mit der ehrlichen persönlichen Überzeugung von der Richtigkeit der Theorie und Weltanschauung, mit ‚Gläubigkeit‘ bis zur Selbstverleugnung verbunden.“

Der Zusammenbruch des Sozialismus in der DDR (und in den soz. Ländern) war unausweichlich. Sie schreiben: „Millionen DDR-Bürger zweier Generationen bekamen eine Ahnung davon, dass ein Leben ohne Kapitalismus, ein nicht nur auf Geld und Gewinn zentriertes gemeinschaftliches und solidarisches Leben möglich ist.“ Sie glauben, dass bei der „Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse auch der Mensch als Gattungswesen sich ändern kann.“ Unter der Sonne des westlichen Lebensstandards seien „die Keime der neuen Lebensweise verdorrt“, es sei durch Honecker „der falsche Kurs in Richtung Konsumismus statt Kommunismus“ eingeleitet worden.

Ist das wirklich Ihre Meinung? Ich kann es nicht glauben. Ist das nicht auch ein Urteil über große Teile des Volkes, die eben die verordnete Lebensweise nicht mehr wollten? Welches Glück hätte denn der Kommunismus den in der DDR eingesperrten Bürgern gebracht?

Zwischen Individuum und Gesellschaft wird es immer eine konkurrierende Beziehung geben. Für eine Balance zwischen beiden einzutreten und im besseren Einklang mit der Natur zu leben, halte ich für vernünftig und lohnenswert. Wir haben aber erfahren, was es heißt, als Individuum wenig zu gelten und einer allwissenden Partei hörig zu folgen. Wir schätzen es um so mehr, selbst entscheiden zu können, welche Freiheit diese Balance garantiert. Die Geschichte ist noch nicht zu Ende.

Zum Abschluss noch eine persönliche Frage: Stimmt das, dass Sie an dem „berühmten“ Spiegel-Manifest 1978 mitgearbeitet haben?

Herzlichen Dank für das Lesen meines Briefes. Ich erlaube mir, diesen Freunden zur Kenntnis zu geben, um für Ihr Buch zu werben. Auch werde ich diesen auf meiner Internet-Seite veröffentlichen.

Ich wünsche Ihnen gute Gesundheit und die Kraft für weitere Publikationen.

Hochachtungsvoll

Eberhard Aurich
24.11.2020

P.S.:

Fehler S. 169: 1954 gab es noch keine 10klassige polytechnische Oberschule

Fehler S. 392: 1964 gab es in Berlin keinen Karl-Marx-Platz, sondern nur den Marx-Engels-Platz

Fehler S. 700: Egon Krenz traf sich nicht mit Werner Lorenz, sondern mit Siegfried Lorenz